

Eine Frau wurde CEO im Bankwesen

Die Regierung hat mit Shiva Devi Kafle erstmals eine Frau zur Vorstandsvorsitzenden der *Rastriya Banijya Bank* (RBB) – der größten nepalischen Bank – ernannt. Kafle ist zugleich die erste Frau überhaupt, die an die Spitze einer kommerziellen Bank in Nepal berufen wurde. Zuvor hatte sie lange bei der Zentralbank gearbeitet.

Rotes Kreuz in Solukhumbu sucht „Verschwundene“

Das Distriktbüro des Roten Kreuzes in Solukhumbu hat ein Programm begonnen, um das Schicksal der während des zehnjährigen Maoistenaufstands von staatlichen Sicherheitskräften oder Maoisten entführten und anschließend verschwundenen Menschen aufzuklären. Unterstützt wird das Distriktbüro dabei durch das Internationale Rote Kreuz. Entsprechende Informationen über das Programm wurden über lokale Radiosender verbreitet. Die Bevölkerung im Distrikt wurde gebeten, sich an der Suche und Aufklärung zu beteiligen und sich an Ortsverbände des Roten Kreuzes oder örtliche Friedenskomitees zu wenden, falls sie Auskunft über den Verbleib der „Verschwundenen“ geben können. Landesweit ist immer noch das Schicksal von weit über

900 Personen ungeklärt.

Nepal erkennt die Rechte sexueller Minderheiten an

Die Leiterin der UN Menschenrechtskommission in Nepal, Jyoti Sanghera, hat Anerkennung darüber geäußert, dass Nepal das bisher einzige Land in Südasien ist, das sich durch eine Direktive des Obersten Gerichts und durch Selbstverpflichtungen im Rahmen des *Universal Periodic Review* vom Januar und Juni 2011 zum Schutz der Rechte sexueller Minderheiten – darunter Schwule und Lesben, Transgender und Transsexuelle – bekennt. Allerdings bestünden weiterhin eine Reihe von Hindernissen beim Schutz und bei der Verwirklichung gleicher Rechte für diese Gruppen, etwa bei der Ausstellung von Bürgerschaftsurkunden, oder im Hinblick auf freie Berufswahl oder die Gewährung umfassender Menschenrechte. Sanghera bezeichnete das 2007 vom Obersten Gericht gefällte Urteil zu Gender Identität und sexueller Orientierung als „bahnbrechend“. Darin wird die Regierung aufgefordert, Gesetze zu verabschieden, die den Schutz und die Verbreitung der Rechte sexueller Minderheiten sicherstellen und bestehende Diskriminierungen beenden.

Neuer Anlauf – neue Chance für Nepal

Maoistisch geführte Koalitionsregierung soll den Friedensprozess zum Abschluss bringen

Thomas Döhne

Wenige Wochen nach dem Scheitern der schwachen, von Ministerpräsident Jhala Nath Khanal geführten Koalitionsregierung von *Communist Party Nepal-United Marxist Leninist* (CPN-UML) und *United Communist Party Nepal-Maoist* (UCPN-Maoist), wurde am 28. August 2011 in der Verfassungsgebenden Versammlung Dr. Baburam Bhattarai zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Bhattarai war nach zähen parteiinternen Verhandlungen als Kandidat der UCPN-Maoist für den Ministerpräsidentenposten nominiert worden. Thomas Döhne leuchtet die Hintergründe aus.

Baburam Bhattarai hatte sich im Vorfeld die Unterstützung der United Madheshi Democratic Front, eines Zusammenschlusses verschiedener im Terai ansässiger Par-

teien, sowie mehrerer kleiner Randparteien sichern können. Dies gab bei der Wahl den Ausschlag. Bhattarai erhielt 340 Stimmen, sein Gegenkandidat Ram Chandra Paudel vom *Nepa-*

li Congress konnte, unterstützt von der eigenen Partei und der CPN/UML, 235 Stimmen auf sich vereinigen. Der Wahl Bhattarais waren hektische Versuche vorausgegangen, eine Regie-

rung der nationalen Einheit zu bilden. *Nepali Congress* und CPN/UML machten ihre Beteiligung von der Bereitschaft der Maoisten abhängig, sich klar im Friedensprozess zu positionieren und einen Aktionsplan zur Fortführung des Friedensprozesses und zur Frage der Integration und Rehabilitation der maoistischen Ex-Kombattanten vorzulegen. Da diese Klärung nicht erfolgte, weigern sich NC und CPN/UML bisher, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten und wollen sich stattdessen in "konstruktiver Opposition" üben. Ob es der neuen Koalitionsregierung, der vierten seit 2008, gelingen wird, den Teufelskreis von Machtpoker, Parteiengezänk, politischer Stagnation und Instabilität zu durchbrechen, wird sich bald zeigen.

Neuer Ministerpräsident als Hoffnungsträger

Die Wahl Bhattarais kann als Indiz und Eingeständnis dafür angesehen werden, dass die politischen und konstitutionellen Probleme nur unter Einbeziehung der Maoisten und mit deren Kooperation zu lösen sind. Ministerpräsident Bhattarai, einer der führenden Köpfe der maoistischen Bewegung, wird von vielen auch über Parteigrenzen hinweg als Hoffnungsträger angesehen. Seine Vita beginnt in einem Dorf im Gorkha Distrikt, wo er in einer einfachen Bauernfamilie aufwuchs und eine Missionsschule besuchte, die er als landesweit bester Schüler seines Jahrgangs abschloss. Mit Hilfe von Stipendien konnte er in Indien Architektur studieren und später an der Jawaharlal Nehru Universität promovieren. In dieser Zeit trat er erstmals als Studentenführer in Erscheinung. Er ließ sich von marxistischen Ideen inspirieren, die er auf die sozialen und politischen Verhältnisse in seinem eigenen Land anwenden wollte. Darüber kam er zu der Überzeugung, dass nur eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse das Land aus Armut und feudaler Rückständigkeit

führen kann. Anfang der 1990er Jahre war Bhattarai kurze Zeit Abgeordneter der *United People's Front* im Parlament. Bald darauf schloss er sich den Maoisten an. Nach Beginn des bewaffneten Aufstands im Frühjahr 1996 ging er in den Untergrund. Später war er maßgeblich am Zustandekommen des Friedensabkommens beteiligt. Er gilt als pragmatisch, hart arbeitend, integer und unbestechlich und hat sich während seiner kurzen Amtszeit als Finanzminister hohes Ansehen erworben. Ob er als Ministerpräsident erfolgreicher agieren kann als seine Vorgänger, bleibt abzuwarten. Beim Start in sein neues Amt setzte er den Abschluss des Friedensprozesses, die Ausarbeitung einer zukunftsorientierten Verfassung, gute Regierungsführung und wirtschaftliche Transformation als Prioritäten seiner Regierung. Zentrale Bedeutung kommt insbesondere dem Punkt Fortschritte beim Friedensprozess zu. Die 45-Tage-Frist, die dafür bei den Koalitionsverhandlungen gesetzt wurde, läuft bereits. Keine leichte Aufgabe also für die neue Regierung.

Politische Stagnation und Instabilität

Seit den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung im Jahr 2008, aus denen die maoistische UCPN als stärkste Partei hervorging und 130 Sitze erhielt, befindet sich Nepal in einem Dauerzustand von politischer Stagnation und Instabilität. Grund dafür sind erhebliche Differenzen zwischen den drei großen etablierten Parteien *Nepali Congress* (NC), UCPN, CPN/UML und der Armee zur Frage der Integration und Rehabilitation von über 19.000 Ex-Kombattant/-innen der maoistischen Guerillarmee, die seit über vier Jahren in Lagern untergebracht sind. Diese wurden von der inzwischen abgezogenen UN Friedensmission UNMIN verifiziert und anerkannt. Die Maoisten haben seit Unterzeichnung des Friedensvertrags im November 2006

immer wieder eine umfassende Integration ihrer Kämpfer in die nepalische Armee gefordert. Diese wehrt sich bis heute gegen den Plan, da sie politische Indoktrinierung und das Aufweichen professioneller militärischer Standards fürchtet. NC und der CPN/UML begegnen den Maoisten mit großem Misstrauen. Sie unterstellen ihnen seit langem, doppelgleisig zu fahren mit dem strategischen Ziel, die Kontrolle über den Staatsapparat einschließlich der Armee zu erlangen, um eine kommunistische Einparteiendiktatur in Nepal einzuführen. Komplizierend kommt hinzu, dass sämtliche Parteien intern oftmals zerstritten und in unterschiedliche Gruppierungen und Cliques gespalten sind, die jeweils eigene Führungsansprüche geltend machen, was ein einheitliches Vorgehen erschwert.

Als stärkste Partei in der Verfassunggebenden Versammlung war es den Maoisten 2008 schon einmal gelungen, eine Regierung zu bilden, mit ihrem Parteivorsitzenden Pushpa Kamal Dahal (Prachanda) als gewähltem Ministerpräsident an der Spitze. Dahal trat jedoch bereits 2009 nach dem gescheiterten Versuch zurück, den damaligen Armeeführer zu entlassen. Die Maoisten verließen daraufhin die Versammlung und begannen in der Folgezeit eine außerparlamentarische Kampagne mit militanter Straßenagitation und Generalstreiks, um die neue, unter Führung der CPN-UML gebildete Koalitionsregierung von 22 (!) Parteien wieder aus dem Sattel zu heben. Dies gelang ihnen zwar nicht, doch die von Ministerpräsident Madhav Kumar Nepal geführte damalige anti-maoistische Koalition wurde erfolgreich blockiert und blieb weitgehend ineffektiv. Die anhaltende Stagnation führte bei der Bevölkerung zu einer bis dahin nicht gekannten Politikverdrossenheit, die durch das schnelle Scheitern der letzten Koalitionsregierung unter Khanaal noch verstärkt wurde und bis heute anhält.